

Kommentare



Robert Habecks Videobotschaft

Endlich führt mal jemand

VON HAGEN STRAUSS, BÜRO BERLIN

Es gibt keinen Satz bei Robert Habecks Rede ins Gewissen der in Deutschland lebenden Menschen, den man auch nur ein wenig kritisch bewerten könnte. Analytisch, klar, jeden wichtigen Aspekt der derzeitigen Lage in Nahost und der daraus resultierenden Folgen beleuchtend, schafft der Grüne es, Orientierung zu geben. Vier lange Wochen nach den barbarischen Terrorangriffen auf Israel durch die Hamas, vier Wochen, in denen in Deutschland der elendige Antisemitismus wieder an die Oberfläche gekrochen ist und Verbrecher von manchem als Freiheitskämpfer gefeiert werden, so lange hat es gedauert, bis jemand dies gelungen ist. Hoffentlich kommt Habecks Rede nicht zu spät.

Fast 80 Jahre nach dem Holocaust und in einer Zeit, in der Haltung und Solidarität mit jüdischen Mitbürgern wohl wie noch nie gefragt sind, in der viele Menschen aber zugleich mehr und mehr hin- und hergerissen sind bei ihrem Blick auf die Ereignisse in Israel und Gaza, braucht es dringend Leitplanken. Die zieht Habeck konsequent, für Linke, für Rechte, für Muslime in Deutschland - aber auch und gerade für die Mehrheitsgesellschaft. Politik muss nicht nur den Anspruch haben, zu gestalten und zu handeln. Sie lebt auch vom Wort, vom richtigen Ton. Daraus kann sich dann politische und gesellschaftliche Führung ergeben.

Und zwar über das alltägliche Kleinklein hinaus.

Habeck leistet somit jetzt das, was ansonsten in der Ampel niemandem so recht gelingen will - er führt. Mit Empathie, die so vielen in diesem Land abhandengekommen zu sein scheint. Und das bei einer existenziellen Frage für das Zusammenleben in Deutschland. Habeck - ob gewollt oder nicht - zeigt damit zugleich, wie eklatant die Lücke ist, die sich mit Blick auf die Spitzenpolitik derzeit auftut. Ein Kanzler, der zwar redet, oft jedoch zu spät und zu selten mit großer Wirkung; ein Bundespräsident, der sich fragen lassen muss, warum seine Worte immer wieder verhallen und er regelmäßig von den Botschaften seines Vorgängers in den Schatten gestellt wird; und schließlich eine Außenministerin, der mitunter der klare Kurs fehlt und die realpolitisch öfter mal auf falschen Wegen unterwegs ist.

All die Genannten haben freilich gute Absichten, bemühen sich und sie arbeiten hart daran, die Folgen der schlimmsten Ereignisse, die diese Welt gerade durchrütteln, zu begrenzen. Vom Krieg in der Ukraine bis hin zum Krieg in Israel.

Aber nur Habeck gelingt es auf besonders gute Weise, die Dinge auch kommunikativ einzubetten. Das bedeutet freilich nicht, dass er zum Beispiel der bessere Kanzler wäre. Es bedeutet lediglich, dass man sehr froh sein sollte, dass wenigstens der Grüne zwischenzeitlich solche Reden hält.



Kolhoffs Sicht

Die stete Wiederkehr der Zombie-Themen

VON WERNER KOLHOFF

Die Regierungskoalition streite darum, ob Algerien, Marokko und Tunesien zu „sicheren Herkunftsländern“ ernannt werden sollen, wurde kürzlich vermeldet. Die Nachricht kam mir bekannt vor. Tatsächlich, im Jahr 2016 hatte ich darüber bereits geschrieben; damals ging es monatelang um dieses Thema. Und es gab noch gar keine Ampel, es regierten CDU und SPD. Damals gab es sogar einen Bundestagsbeschluss, doch dann blieb die Sache im Bundesrat hängen.

Manchmal fühlt sich die deutsche Politik an wie das Reich der Untoten in Horrorfilmen. Die immer gleichen Vorschläge kriechen alle Jahre wieder aus ihren Gräbern, ohne je Ruhe zu finden. In der Flüchtlingsfrage gehört auch eine Änderung des Grundgesetzes zu den Zombie-Themen. Ex-Bundespräsident Joachim Gauck hat sie neulich erst wieder ins Spiel gebracht. Doch die nötige Zweidrittel-Mehrheit findet sich noch immer nicht. Im Verkehrsbereich ist das Tempolimit auf Autobahnen das bekannteste Beispiel. Vor und nach jeder Wahl wieder kommt es auf die Tagesordnung, um in ebenso schöner Regelmäßigkeit zu scheitern. Auch das Dienstwagenprivileg gehört zu den scheinbar unlösbaren Fragen. Es will und will nicht weichen.

Eine Mehrwertsteuerreform

haben wirtschaftsliberale Kräfte schon vor zehn Jahren ange-mahnt, zu Recht, weil das bestehende System chaotisch ist. Windeln werden höher besteuert als Trüffeln, echte Wurst weniger als vegane. Das wird genauso oft beklagt, wie es wieder verdrängt wird. Die Erbschaftsteuer müsste ebenfalls dringend reformiert werden. Doch zwischen den Positionen „gar nicht“ und „höher“ gibt es keinen Kompromiss. Die Folge: Im Lauf der Jahre sind die realen Werte den Freibeträgen davongelaufen, so dass mittlerweile schon das vererbte Häuschen der Eltern einen Steuerfall auslösen kann.

Und so kann man die Liste fast beliebig fortsetzen. Deutschland verfügt über eine ausgeklügelte Gewaltenteilung. Verhältniswahlrecht, zwei Kammern, Koalitionen, Verfassungsgericht. Keine Partei kann hier „durchregieren“, alle sind auf alle angewiesen. Im Gegensatz bedeutet das aber auch: Fast jede Partei kann etwas dauerhaft blockieren. Entweder weil sie Koalitionspartner ist. Oder weil sie im Bundesrat über Beteiligungen an Landesregierungen Macht hat. Außerdem ist immer irgendwo Wahlkampf. Die politischen Zombies stehen für die Unbeweglichkeit des Landes und seiner politischen Klasse. Und das ist absolut nicht lustig.

Werner Kolhoff arbeitet als politischer Kolumnist in Berlin

Von Koch und Kellner

Scholz und Merz reden erneut über Migrationspolitik - Gerüchte ranken sich um die Beweggründe

VON HAGEN STRAUSS, BÜRO BERLIN

Berlin. Nun soll es das zweite Treffen von Kanzler und Oppositionsführer zur Migrationspolitik geben. Viele fragen sich, warum eigentlich, wenn doch die Ministerpräsidentenkonferenz die wichtigen Entscheidungen fällt. Was Olaf Scholz und Friedrich Merz antreiben könnte.

Sollen sie doch miteinander reden. So oder so ähnlich ist derzeit die Haltung unter Koalitionären der Ampel, wenn man nach dem zweiten Treffen von Kanzler und Oppositionsführer zur Migrationspolitik fragt. Es ist für diesen Freitag geplant.

Grünen-Parlamentsgeschäftsführerin Irene Mihalic sagt zum Beispiel: „Es wäre sicherlich gut, wenn der Kanzler die Union für einen Kurs gewinnen kann, der in der Migrationspolitik Humanität und Ordnung verbindet.“ Aus Sicht der Union sollte es freilich schon umgekehrt sein, Olaf Scholz (SPD) also auf die Forderungen des Oppositionsführers Friedrich Merz (CDU) beim erneuten Treffen eingehen.

Schließlich hatte der Kanzler vor gut zwei Monaten im Bundestag zu einem Deutschlandpakt aufgerufen. „Lassen Sie uns unsere Kräfte bündeln“, so Scholz in Richtung Merz. Allerdings meinte der SPD-Mann nicht nur die Migrationspolitik. Beim ersten Treffen dann vor drei Wochen, nach langem Unions-Warten, legte der Fraktionschef dem Kanzler einen Forderungskatalog aus 26 Punkten vor - darunter eine Art Obergrenze von 200.000 Asylsuchenden pro Jahr, die Wiederaufnahme des Wortes „Begrenzung“ ins Aufenthaltsgesetz, die Einrichtung von Transitzone und Rückkehrzentren sowie eine Reduzierung von Sozialleistungen. Vereinbarung wurde jedoch nichts.

Also schrieb Merz noch einen Brief an Scholz, in dem er eine Verhandlungsgruppe zur Migrationspolitik vorschlug, bestehend aus Vertretern der Ampelparteien und der Unionsfraktion. Scholz antwortete zwar, ging darauf allerdings nicht ein. Stattdessen betonte der Kanzler, er wolle gemeinsam zu Vereinbarungen kommen, um die irreguläre Migration nach Deutschland spürbar zu reduzieren. Vor allem hob er die Bedeutung des Bund-Länder-Treffens am kommenden Montag hervor. Klarer kann man eigentlich nicht verdeutlichen, wer der



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) wollen an diesem Freitag erneut über die Migrationspolitik sprechen. Foto: Kappeler/Reichwein/dpa

Koch ist und wer der Kellner.

Diesmal soll beim Treffen auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt dabei sein, wobei gerade die Unionsseite ein großes Geheimnis um die Begegnung macht - zum genauen Zeitpunkt wollte man im Vorfeld nichts sagen, zu Inhalten schon gar nicht. Aus der SPD hieß es dann auch, „es handelt sich um ein eher informelles Treffen zur Vorbereitung der Ministerpräsidentenkonferenz“. Viel zu erwarten ist also erneut nicht. In Koalitionskreisen wurde überdies spöttisch angemerkt, Entscheidungen fälle die Bundesregierung im Zusammenspiel mit den Ländern. Merz könne gerne verhandeln, aber besser doch mit seinen CDU-Ministerpräsidenten.

Gerade deshalb ranken sich Gerüchte darum, was das Treffen eigentlich soll. Es heißt, Scholz wolle damit nur seinen Koalitionspartner Grüne unter Druck setzen. Wobei die in Sachen Be-

grenzung der Zuwanderung immer geschmeidiger werden. Oder: Scholz wolle Merz irgendwie einbinden, damit die Union die Migrationspolitik der Ampel mitträgt - und die Opposition somit deutlich leiser werden müsse.

„Wir müssen den gordischen Knoten endlich durchschlagen.“

Parlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU)

Auf der anderen Seite verlautet es über Merz, er sei in eine Falle getappt. Wenn er am Ende die Vereinbarungen des Kanzlers mit den Landesfürsten bei der MPK am Montag nicht gutheiße, falle er seinen eigenen Ministerpräsidenten in den Rücken. Und die dann wiederum ihm. Somit stehe am Ende Merz als derjenige

da, der in der Migrationsfrage Lösungen verhindere - nicht Scholz. Merz selber betont regelmäßig, es gehe ihm allein um die Sache; eine Begrenzung müsse dringend sein, allein schon wegen des Anwachsenden der AfD. Das sieht Scholz inzwischen jedoch genauso.

In der Unionsfraktion betont man freilich weiter, wie ernst man es meint mit dem Angebot der Zusammenarbeit. Parlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU) sagt: „Wir müssen den gordischen Knoten endlich durchschlagen.“ Das würden die Menschen von der Politik erwarten. „Wenn die Ampelkoalition nicht die Kraft für eigene Entscheidungen besitzt, steht die Union grundsätzlich parat, um diese Herausforderungen anzugehen.“ Voraussetzung sei allerdings, „dass sich wirklich etwas bewegt“, so Frei zu unserer Redaktion. Genau weiß man das aber erst nach der MPK. (yvo)

Kommunen machen Druck vor MPK

Kanzler und Ministerpräsidenten sprechen am Montag über Migrationspolitik

VON JAN DREBES UND BIRGIT MARSCHALL

Die Kommunen haben Bund und Länder vor der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Montag vor einem Scheitern oder Aufschieben einer Neuregelung zur dauerhaften Finanzierung der Flüchtlingsversorgung gewarnt. „Wir erwarten nicht nur eine Wende in der Migrationspolitik, sondern insbesondere auch eine dauerhafte und nachhaltige Finanzierung. Andernfalls wird auch die notwendige Akzeptanz bei den Menschen weiter abnehmen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Gemeinde- und Städtebunds Gerd Landsberg unserer Redaktion.

Am Montag kommen im Kanzleramt die Ministerpräsidenten mit Olaf Scholz (SPD) zusammen, um unter anderem über die Finanzierung der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zu verhandeln. Wegen stark ge-



Zelte für Migranten in Thüringen. Nicht nur bei der Unterbringung Geflüchteter stoßen Kommunen an ihre Grenzen. Foto: Schackow/dpa

stiegener Asylbewerberzahlen klagen die Kommunen und Länder über eine Unterfinanzierung.

„Bund und Länder müssen gemeinsam ein neues Finanzierungsmodell entwickeln. Die Erstattung der notwendigen Kosten

sollte sich an dem von den Ländern ebenfalls befürworteten sogenannten Vier-Säulen-Modell orientieren“, forderte Landsberg. „Dazu gehört die vollständige Erstattung der Kosten der Unterbringung für Geflüchtete im Bürger-

geld, eine monatliche Pro-Kopf-Pauschale, die Integrationskosten und die Kosten für unbegleitete minderjährige Geflüchtete“, sagte Landsberg. „Die immer wieder diskutierten Einmalzahlungen des Bundes bieten keine Planungssicherheit. Kommunen, die heute Flüchtlingsunterkünfte bauen, müssen wissen, dass sie auch nächstes Jahr das dafür notwendige Geld erhalten.“

Auch der Deutsche Landkreistag (DLT) forderte eine verlässliche Finanzierungsgrundlage für die Kommunen. „Die bis 2021 praktizierte vollständige Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Geflüchtete war gut und richtig. Sie muss reaktiviert werden, um die Kommunen nicht auf Kosten sitzen zu lassen, für die sie nichts können. Eine Einigung zwischen Bund und Ländern ohne diese Komponente ist für uns nicht tragbar“, sagte DLT-Präsident Reinhard Sager. (bal)